

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 15. September 1911.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Billette Nr. 8164.

Nun aber weiter!

Ein kurzes Rahmwort möchten wir heute richten an alle Kollegen und Kolleginnen des Pflege- und Badepersonals. Mit seltener Eintracht und Geschlossenheit hat unsere zweite Konferenz ihre Tagung vollendet. Jetzt gilt es, die Ruhanwendung zu ziehen und in nimmer rastender Kleinarbeit weiter zu wirken.

Wohl sind wir in letzter Zeit ganz kräftig vorangekommen. Aber noch immer stehen viele Tausende völlig abseits unseren Bestrebungen; ihnen ist oftmals die Existenz einer freien gewerkschaftlichen Organisation im Heil- und Badewesen noch völlig unbekannt. Da gilt es, sich zu rühren und dafür zu sorgen, daß wir auch in die entferntesten Winkel eindringen.

Insbondere möchten wir die vielen Einzelmitglieder vom Badepersonal ermahnen, in ihrem eigenen Interesse eifriger als bisher Mitglieder zu werden. Denn längst wären wir in der Lage, dem Trinkgelderunwesen, dem Kost- und Logiszwang noch energischer auf den Leib zu rücken, wenn nicht ein gut Teil der Kollegen und Kolleginnen gleichgültig und ängstlich beiseite ständen.

Viele wähen auch, es sei mit der Beitragszahlung getan. Man habe seine Pflicht als Mitglied erfüllt, dürfe bei Arbeitslosigkeit auf unseren Stellennachweis rechnen; der werde schon für annehmbare Arbeitsbedingungen Sorge tragen. Aber das ist ein großer Irrtum. Solange die Kollegen und Kolleginnen selber nicht fest entschlossen sind, auf anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu dringen, bleibt unsere Tätigkeit Stückwerk. Wir können nur die allergrößten Schäden von Organisationswegen ausmerzen, während wir das unzulängliche System der jetzigen Bezahlung usw. nur austrotten können, wenn sich ein viel erheblicherer Prozentsatz der Kollegenschaft zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe entschließt.

Und nicht viel besser sieht es im Anstaltsleben aus. Mit Predigten und Rasonnements kommen wir nicht vorwärts; die überlassen wir besser den „christlichen“ Streichern und ähnlichen Schwächlingen, deren Organisationsgebilde einem Kartenblatt gleicht, das der Wind beliebig zauft.

Gerade darin unterscheidet sich die freie Gewerkschaft von den sonstigen „Vereinigungen“ aller Art, daß sie ihre Mitglieder erzieht zur kraftvollen Betätigung gewerkschaftlicher Grundsätze. Und zwar in zweifacher Richtung. Einmal wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gepflegt, und an die Stelle von Duckmäuserei, Standesdiinkel, Reid, Unkollegialität tritt die Interessensolidarität. Zum anderen — und das wird leider noch nicht genügend beachtet — fordert die freie Gewerkschaft selbstdenkende und selbsthandelnde Menschen, die sich keine Ungerechtigkeiten, keine scholle Behand-

lung, keine Zurückstellung gefallen lassen, sondern die unter allen Umständen den Spruch beherzigen: Tue Recht, scheue niemand!

Es ist auf unserer Konferenz von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden: Wohl ist für das Heil- und Badepersonal mehr gesetzlicher Schutz notwendig im Interesse ihrer selbst wie auch der zu pflegenden Kranken und Siechen. Aber darüber darf nicht vergessen werden, daß wir uns selber befreien müssen von den vielen Fesseln, die uns noch umstricken. Nicht müßig die Hände in den Schoß legen und warten, bis uns mittels Gesetzesparagrafen das Heil kommt, sondern rüstig angepaßt und selbst etwas geschaffen; dann wird auch schließlich die Gesetzgebung nicht länger zurückbleiben können.

Wie das im einzelnen geschehen kann, haben wir wiederholt an dieser Stelle dargelegt. Es soll auch in anderem Zusammenhange gelegentlich wieder einmal geschehen.

Für heute möchten wir nur eine der wichtigsten Vorbedingungen allen gewerkschaftlichen Wirkens in den Vordergrund gerückt haben: Anspannung bei der Agitation durch die Vertrauenspersonen.

Zimmer klarer zeigt sich, daß die Tätigkeit der Vertrauensleute, namentlich in den Anstalten, das Auf und Nieder der Organisation bedeutet. Wohl kann es Zeiten geben, wo an einer Stelle trotz allen Einzelmühens absolut kein Fortschritt zu erzielen ist. Wird aber der geeignete Moment abgepaßt und wohnt den Vertrauenspersonen der notwendige gewerkschaftliche Eifer inne, so kann es auf die Dauer nicht fehl gehen.

Selbst die Fluktuation kann dann nicht solchen Schaden anrichten. Es muß eben an jeden neu Eintretenden herantreten werden bei passender Gelegenheit. Doch auch hier bedarf es einer gewissen Taktik. Nicht jedermann ist geeignet, in die Reihen der modern Organisierten einzutreten. Wir fordern, daß jeder hinlänglich seiner Arbeitspflicht nachkommt, dann werden wir auch hinter ihm stehen können, wenn er seine Rechte energisch wahrnimmt.

Besonders möchten wir aber den Kolleginnen nahe legen, sich rühriger als bisher zu zeigen. Auf der Konferenz hat eine Kollegin treffliche Worte gesprochen und für ihre Person zweifelsohne den Nachweis erbracht, daß ein fester Wille und die nötige Gedankenarbeit nicht nur den männlichen Kollegen wohl ansteht. Mögen ihr alle Kolleginnen nacheifern in Agitation und Organisation der vielen Indifferenten, die leider noch vorhanden sind.

Wir erhoffen von unserer zweiten Konferenz eine neue Etappe im Aufstieg des Heil- und Badepersonals. Reichhaltiges und vielfältiges Agitationsmaterial liegt vor. Sorgen wir durch eifrige Weitergabe und Agitation von Mund zu Mund, daß wir Terrain gewinnen und sich weitere Tausende unserer Organisation anschließen. Der Boden ist bestellt. Wann spricht die neue Saat?

Lohnbewegung im Schöneberger Augusta Viktoria-Krankenhaus.

Nachdem sich das Personal des Krankenhauses im Laufe dieses Sommers in seiner überwiegenden Mehrheit unserem Verbands angeschlossen hat, tagte am 3. September eine Versammlung, die sich mit der Frage der Neuregelung der Arbeitsbedingungen beschäftigte. Nach eingehender Beratung wurden die nachstehenden Anträge angenommen und die Ortsverwaltung Berlin beauftragt, dieselben dem Magistrat einzurichten.

Anträge

auf Neuregelung der Lohn- und Dienstverhältnisse.

1. Unterstellung des gesamten Personals unter die Grundsätze II, betreffend die Dienstverhältnisse der Arbeiter der Stadt Schöneberg.
2. Verkürzung der Arbeitszeit:
 - a) für Schichtarbeiter (Seizer) auf 8 Stunden (Dreischichtensystem);
 - b) für das Pflege-, Haus- und Küchenpersonal auf 12 Stunden, einschließlich einer einständigen Mittags- und je einer halbtägigen Frühstücks- und Vesperpause;
 - c) jede Woche einen freien Tag, der zweite davon ein Sonntag;
 - d) freier Ausgang nach Beendigung des Dienstes bis 12 Uhr.
3. Erhöhung resp. Regelung der Löhne:
 - a) durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnskalen mit halbjährigen Steigerungen für das Pflege-, Haus- und Küchenpersonal, mit einjährigen Steigerungen für das übrige Personal (siehe nachstehende Tabelle);
 - b) Zuschlag für Überstunden 50 Proz., für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit 100 Proz.

Am Dreischichtensystem der kontinuierlichen Betriebe zählt, wenn sieben Schichten in eine Woche fallen, die siebente Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag. Für die regelmäßige Nachtarbeit kommt der Zuschlag nicht in Betracht.
4. Aenderung des Sommerurlaubs: nach einjähriger Dienstzeit 7 Tage, nach zweijähriger Dienstzeit 10 Tage, nach dreijähriger Dienstzeit 14 Tage unter Zahlung eines Lohnzuschlags von 25 Proz. sowie entsprechender Moit- und Logisentschädigung für das interne Personal.
5. Einbeziehung des Personals in den Arbeiterausschuß der Stadt Schöneberg.
6. Vermehrung der externen Wärternellen.

Neuregelung der Lohnverhältnisse.

A. Pflege-, Haus- und Küchenpersonal.

Berufsgruppe	Anfangs-Monatslohn M.	Halbjährlich steigend um M.	Nach 5 Jahren M.
Wärter	50,—	3,—	80,—
Hausdiener	45,—	3,—	75,—
Operationswärter } Apothekendiener } Sektionswärter } Desinfektionsgehilfen . .	135,—	5,—	185,—
Hausmädchen	45,—	3,—	75,—
Küchenmädchen } Waschmädchen } Plättmädchen }	32,—	3,—	62,—
	30,—	3,—	60,—

B. Betriebspersonal.

Berufsgruppe	Anfangs-Wochenlohn M.	Jährlich steigend um M.	Nach 5 Jahren M.
Seizer	27,—	2,—	37,—
Beleuchter	27,—	2,—	37,—
Malter } Rohrleger } Tapezierer }	37,—	—	—
Arbeiter im Kesselhause und Fensterputzer . .	25,—	2,—	35,—
Seizer im Internat . . .	70. monatl.	6,—	100.— monatl.

Die zurückgelegten Dienstjahre sind in Anrechnung zu bringen.

Da in nächster Zeit die Kommission für die Neuberatung der Arbeiterlöhne zusammentritt, steht zu erwarten, daß hierbei auch die Anträge des Personals die gebührende Berücksichtigung finden. Aufgabe des Personals aber ist es nun, in der bevorstehenden Zeit

alle Lücken in der Organisation auszufüllen. Alle Versuche, das Personal am Beitritt zum Verbands zu hindern, müssen wir ganz energisch zurückweisen. So wie sich die Leitung des Krankenhauses mit dem Bestehen der Organisation abgefunden hat, so müssen auch die verschiedenen Damen in der Waschküche und Kochküche sich damit abfinden. Sollte dieser Hinweis nichts nützen, dann werden wir an anderer Stelle gegen diese Uebergriffe Stellung nehmen.

In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß sich allgemein die Auffassung Bahn bricht, in den kontinuierlichen Betrieben an Stelle der zwölfständigen Schicht die achtstündige einzuführen. Die Vorteile dieser Verkürzung in gesundheitlicher sowie ethischer Beziehung sind unbestreitbar. Ebenso ist die Festlegung einer bestimmten Arbeitszeit für das Pflege- und Hauspersonal eine dringende Notwendigkeit. Eine Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 7 und 8 Uhr abends, in Einzelfällen sogar bis 11 und 12 Uhr, wie dies in der Kochküche vorkommt, ist entschieden zu lang und dazu angetan, die Arbeitsfreudigkeit und vor allem die Gesundheit zu untergraben. Wie jeder Mensch darauf Anspruch erhebt, innerhalb einer täglich begrenzten Arbeitszeit seine Pflicht zu erfüllen, so ist dieser Wunsch beim Krankenhauspersonal ein besonders berechtigter. Die vielen unangenehmen Eindrücke, die der ständige Aufenthalt in einem Krankenhaus mit sich bringt, müssen paralytisch werden durch ein entsprechendes Maß freier Zeit. Die bisherige Nachlässigkeit der Verwaltungen in dieser Frage rächt sich bitter durch eine geradezu ungeheure Fluktuation. Durch diesen außerordentlich starken Wechsel, der eine Folge der unbefriedigenden Verhältnisse, besonders auch in der Lohnfrage, ist, leidet ein großer Teil der guten Elemente den Anhalten den Rücken. Der Beruf wird vielfach nur als letzter Notbehelf betrachtet, der wieder aufgegeben wird, sobald sich etwas Besseres findet. Bei der großen Bedeutung des Krankenhauswesens für unser Gesellschafts- und Kulturleben ist eine Beseitigung dieses Zustandes, der eine Beeinträchtigung dieser Aufgaben zur Folge haben muß, dringend notwendig. Ein zufriedenes, gut eingearbeitetes Personal ist zweifellos ein außerordentlich wichtiger Faktor im Krankenhauswesen. Trotzdem diese Einsicht und die Auffassung über die Unzulänglichkeit der augenblicklichen Zustände allgemein verbreitet ist, haben die Verwaltungen leider bisher unterlassen, die möglichen Wege zur Besserung zu beschreiten. Die Stadt Schöneberg würde sich ein bleibendes Verdienst erwerben, wenn durch eine durchgehende Aenderung der bisherigen Bestimmungen über Entlohnung, Arbeitszeit, Urlaub und persönliche Freiheit die Personalfrage in rechter Weise gelöst würde. Die gütigen Einwirkungen auf das Personal würden sicher der Verwaltung wie auch dem speziellen Gebiete der Krankenpflege zugute kommen.

Die Lohnverhältnisse sind sowohl beim Haus- und Pflege- wie auch beim Betriebspersonal außerordentlich verbesserungsbedürftig und erlangen auch verschiedentlich der generellen Regelung. Bei den Anträgen auf Lohnerböhung für das Betriebspersonal weisen wir besonders auf die der Lohndeputation vorliegende Begründung der Anträge der übrigen städtischen Arbeiter hin. Die dort angeführten Gründe treffen auf das Betriebspersonal im vollen Umfange zu. Notwendig ist es aber, hierbei besonders auf die Kategorie der Seizer bzw. Beleuchter hinzuweisen. Diese Leute verrichten qualifizierte Arbeit, stehen zurzeit aber nur in der Lohnstufe für Arbeiter. Die Löhne des Haus- und Pflegepersonals stehen in vielen Punkten unter den zurzeit in Berlin üblichen Sätzen. Die Anfangslohnsätze wie auch die Steigerungen sind anderweit fast allgemein günstiger. So gewährt z. B. Meindendorf für Wärter 45 M. Anfangslohn, steigend jährlich um 5 M. bis 65 M. Die gleichen Lohnsätze erhalten dort Waschküchendiener, Laboratoriumsdiener, Leichendiener und Apothekendiener. Mirdori und Berlin gewähren zurzeit allgemein 40 M. Minimallohne. Als außerordentlich niedrig müssen die Lohnsätze des weiblichen Personals bezeichnet werden; Anfangslohne von 20 M., wie in Schöneberg, für Waschk- und Küchenmädchen sind in den genannten Groß-Berliner Anhalten längst überholt. Meindendorf zahlt 25 bis 35 M., für Plättinnen sogar 30 bis 48 M., Mirdori 24 bis 32 M., wovon letzterer Satz bereits nach einem Jahre erreicht wird.

Die Anträge auf Neuregelung des Sommerurlaubs können wir mit denselben Argumenten begründen wie die Anträge auf Regelung der Arbeitszeit. Ein entsprechender Erholungsurlaub ist für das Krankenhauspersonal ein Vorn, aus dem es neue Kraft für seinen schweren Beruf schöpfen kann. Wir können auch hierbei auf Anhalten hinweisen, die in der Urlaubsfrage vorbildlich sind. So gewährt z. B. die Charité nach einjähriger Dienstzeit 7 Tage, nach zweijähriger Dienstzeit 14 Tage Urlaub.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. In einer Versammlung des Anstaltspersonals im Urban referierte am 6. September Kollege Dittmer über „Die Krankenpflegerkonferenz“. In der Diskussion wurde über die seit einigen Monaten eingeriffene Laubstich unter den Kollegen lebhaft Klage geführt. Während früher der Urban prozentual nahezu am besten organisiert war, hat sich das Verhältnis jetzt ganz bedenklich verschlechtert. Allerdings hat auch der Personalwechsel ungläubliche Dimensionen angenommen, und nicht selten befinden sich unter den Keulenden Menschen, auf die wir im vornherein verzichteten. Ein anderer Teil der Kollegen und Kolleginnen hat leider den Wert der Organisation nicht erfasst, obwohl doch die Zustände insbesondere auch die Not der letzten Zeit, die ewige Kontrolle und Unfreiheit, jeden belehren sollte, daß er für Verbreitung unseres Verbandes eintreten muß.

Berlin. Am 6. September war das Personal des Krankenhauses Friedrichshain und des Friedrich Wilhelm-Hospitals zahlreich versammelt. Kollege Schulz erstattete den Bericht von der Krankenpflegerkonferenz. Von dem Pflegerpersonal des Krankenhauses wurde bitter Klage geführt über die direkt gesundheitswidrigen Kellerwohnungen, die demselben noch teilweise als Logis zugewiesen sind. Schon vor Jahren war die Zusicherung gegeben, daß diese „Wohnungen“ durch menschenwürdige ersetzt werden sollen. Vom Versprechen bis zum Durchführen ist bei unseren Bureausräten ein weiter Weg. Eigentlich muß es obendrein als ein Vertrag angesehen werden, daß diese Kellerlöcher mit 150 Mk. zur Anrechnung kommen. Unsere Forderungen: genügende und ausreichende Nachtwachen zu stellen, werden durch einen im Krankenhaus vorgekommenen Unglücksfall als völlig berechtigt erwiesen. Vor einigen Wochen ist ein Patient nachts im Fieber aus dem Fenster des zweiten Stocks gesprungen. Der dabei zugezogene Schädelbruch führte zum Tode des Patienten. Der Nachtwächter war zu der Zeit auf Anweisung seiner Vorgesetzten in der nebenan liegenden Wadentube mit dem Rücken von Geschirr usw. beschäftigt. Denn daß die Reinigungsarbeit der Wächter nicht etwa im Schlafsaal der Patienten vor sich gehen kann, leuchtet ohne weiteres auch dem beschränkten Gemüt ein. Galten nun die Verwaltung oder die unteren Vorgesetzten die nächtlichen Reinigungsarbeiten für notwendig, so haben wir nichts dagegen einzuwenden. Es ist dann aber dringend erforderlich, daß auch ein Krankenpfleger mit der Aufsicht über die Kranken betraut wird. Im übrigen glauben wir mit Bestimmtheit verifizieren zu können, daß man es den Nachtwachen habenden Schwestern gegenüber überhaupt nicht wagt, ihnen solche Reinigungsarbeiten zuzumuten. Wir erwarten, daß jetzt wenigstens, nachdem das Mord in den Brunnen gefallen ist, derselbe zugedeckt wird, und zwar möglichst umgehend. Die Kolleginnen vom Friedrich-Wilhelm-Hospital beschloßen, Schritte zu unternehmen, damit ihr Abendausgang in der Weise geregelt wird, wie das in den Krankenhäusern durchgeführt ist.

Berlin. (Arrenanialt Herzberge.) Die Kollegenschaft war am 1. September zahlreich erschienen, um den Bericht des Kollegen Gliese von der Krankenpflegerkonferenz entgegenzunehmen. Von den Kollegen wurde dann berichtet angeführt, daß nicht in der allgemeinen Modische ein inhaltlich Kranker beschäftigt wurde, sondern nur in der Stationsfläche von Haus VI. Wie mitgeteilt wurde, soll sich besonders die Oberpflegerin Bahn von Haus V befähigen, den Pflegerinnen den notwendigen Urlaub vorzuenthalten. Entgegen den Verfügungen der Direktion müssen die Pflegerinnen, die Hauptwache haben, sich schriftlich verpflichten, auf den zuteilenden Sonntagsurlaub zu verzichten. Die Zustimmung kann auch nur von unorganisierten Kolleginnen ohne Widerspruch hingenommen werden. Begründet wird diese Maßnahme in Rücksicht auf angeblich fehlendes Personal. Ein Wunder wäre das bei den niedrigen Löhnen usw. gar nicht. Besonders dann, wenn von der Pflegerin, die schon 15 Stunden Dienzeit hinter sich hat, auf demselben Hause noch 7 Stunden Nachtwache verlangt wird. Ähnliche Arbeitszeit für eine Pflegerin ist tatsächlich ein Stück aus dem Tollhaus. Von den Kollegen wurde angeregt, daß den Vertrauensleuten vorgedruckte, mit der Adresse des Arbeitsnachweises versehene Postkarten ausgegeben werden möchten. Damit soll mehr wie bisher die Anregung und die Möglichkeit gegeben werden, den unentgeltlichen Stellennachweis unserer Sektion noch reger in Betrieb zu bringen.

Berlin. (Wuhlgarten.) Am 27. August hielt das Personal der Anstalt Wuhlgarten eine gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege Stamer einen leicht verständlichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Arbeitsgang der deutschen Sozialpolitik“ hielt. In der darauf folgenden Betriebsbesprechung wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht. So u. a., daß in Zukunft die Nachtwachen, ob verheiratet oder nicht, nur an zwei Nachmittagen die Anstalt verlassen dürfen. Diese Bestimmung erscheint uns so unabweisbar, weil bis dato die Anstaltsleitung es stillschweigend zugegeben hat, daß die Nachtwachpfleger die Anstalt am Tage verlassen. Des weiteren erscheint

diese neue Verfügung der Anstaltsleitung um so unverständlicher, weil die Pfleger vom Tagesdienst weit mehr Urlaub haben als wie die Nachtpfleger. Nach eingehender Diskussion wurde von dem Personal folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Das am Sonntag, den 27. August, versammelte Personal der Anstalt Wuhlgarten protestiert ganz energisch gegen die Mißstände, wie sie in der Anstalt bestehen. Es fordert für die Nachtwache die uneingeschränkte Freiheit während der Tageszeit in und außer der Anstalt. Da von seiten der Direktion keine Abhilfe zu erwarten ist, verpflichten sich die Angestellten, zur Organisation zu halten und die Indifferenten über deren Ziele aufzuklären. Nur dann wird es möglich sein, allen jetzt bestehenden Mißständen und ungerichteten Bestrafungen von seiten der Verwaltung energischen Widerstand entgegenzusetzen.“ Nachdem dann die Hausdiener darauf verwiesen hatten, daß ihnen, trotzdem sie außerhalb der Anstalt wohnen, noch immer der Wohnungszuschuß vorzuenthalten wird, wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Am 6. September hielt das Personal des Krankenhauses Moabit eine von zirka 100 Personen besuchte Versammlung ab. Anlaß zu diesem für Moabit hohen Versammlungsbesuch gab das Verhalten einzelner Vorgesetzter gegenüber dem Personal. Zunächst erstattete Kollege Stamer in einem Vortrage Bericht über die Krankenpflegerkonferenz, wobei er zum Schluß die Anwesenden ermahnte, weiter zu kämpfen für die Ausbreitung der Organisation, damit unsere auf der Konferenz bezeichneten Ziele und Forderungen verwirklicht werden können. Lebhafter Beifall lobte die Ausführungen des Referenten. Unter „Anstaltsangelegenheiten“ wurde nochmals auf die in der letzten Versammlung angeführte Spitzelgeschichte hingewiesen. Die Oberin soll die Verurteilung dieser Angelegenheit ziemlich unangenehm empfunden haben. Leider mußte diesmal wieder das Verhalten des Inspektors näher beleuchtet werden. Dieser ehrenwerte Herr hat sich veranlaßt gesehen, an das männliche Personal eine Ermahnung zu richten, dergestalt, daß in Zukunft jeder männliche Angestellte, welcher im Gespräch mit einer weiblichen Angestellten auf dem Anstaltsterrain betroffen würde, ohne weiteres die Entlassung zu befürchten hat. Mit Recht richtet das Personal an die Anstaltsleitung die Frage, ob diese Ermahnung für alle männlichen Angestellten, worunter doch auch die Ärzte zu verstehen sind, gilt. Dem Pflegerpersonal kann schließlich eine derartige Verfügung nur recht sein, da sie das Personal in die angenehme Lage versetzt, munde unliebenswürdige Schwestern mit Nichtachtung zu behandeln. Wie weit aber ein „erzpriesterliches Zusammenarbeiten“ aller in der Anstalt Beschäftigten in diesem Falle möglich ist, wollen wir ruhig der Anstaltsleitung überlassen.

Berlin. (Birchow-Krankenhaus.) Am 5. September war die Kollegenschaft zahlreich versammelt, um den Bericht über die Krankenpflegerkonferenz entgegenzunehmen. Danach wurde über die Stellung einiger Anträge für den Arbeiterauschuss verhandelt. Seit zirka fünf Jahren ist es dem Betriebspersonal erlaubt, das Baden in der Arbeitszeit vorzunehmen. Nach einer mündlichen Mitteilung des direkten Vorgesetzten soll diese vernünftige und soziale Einrichtung aufgehoben werden. Es wurde beantragt, das ausgesprochene Verbot aufzuheben. Für die Lohnzahlung soll die Ausgabe von Lohnabrechnungen bezw. Lohnlücken beantragt werden. Verlangt wird ferner, daß das erkrankte Personal, das gezwungenerweise die Ärzte des Krankenhauses konsultieren muß, nicht die sehr oft dem Zug ausgesetzten Korridore als Wartezimmer benutzen muß. Außerdem wurde gewünscht, daß die am 9. Juni dieses Jahres eingereichten und am 22. Juni verhandelten Anträge endlich eines Bescheides gewürdigt werden. Voraussichtlich braucht die Direktion nicht noch zehn Wochen Zeit, um sich über die Antwort schlüssig zu werden. Unter „Verschiedenes“ wurde unter anderem das Verhalten einer Schwester gerügt, der die Würde, als Stellvertreterin einer Oberschwester zu fungieren, ansehnlich zu Kopf geht. Sie verlangt, daß ihr die Schlüssel zu den Stuben der Wärterinnen stets zur Verfügung stehen sollen, damit sie jederzeit die Zimmer kontrollieren könne. Uns scheint es angemessener, wenn diese Schwester zu jeder Zeit ihrem Dienst im Krankenstall nachkommt. Merkwürdig ist es, daß die Schwestern, die doch sonst auch über zu vielen Dienst klagen, noch Zeit haben, sich um die Gewinnung des anderen Personals zu kümmern. Die Drohung einer Wärterin gegenüber: „Ich werde Sie bei der Direktion melden wegen Ihrer sozialistischen Gesinnung; dann werden Sie um Ihre „schöne“ Stellung kommen“, ist doch wohl nicht recht mit dem vielgerühmten besonderen Standesbewußtsein zu vereinbaren. Die in der letzten Versammlung angeführten Mißstände, die im Laboratorium geherrscht haben, sind von der Direktion, wie wir erfahren haben, einer Nachprüfung unterzogen worden. Seitens der Direktion sind im Laboratorium Einrichtungen geschaffen, die, wären sie schon früher eingerichtet worden, wahrscheinlich verhindert hätten, daß der Hausdiener Rothrod die Beschäftigung im Laboratorium mit dem Tode büßen mußte. Wir wollen uns noch erlauben, die Direktion auf die Zustände, die in der Station I herrschen, aufmerksam zu machen. Die Art, wie dort mit den Patienten umgegangen wird, muß tatsächlich Befremden erwecken. Wir

hoffen, daß die Direktion Veranlassung nehmen wird, umgehend Abhilfe zu schaffen.

Berlin. (Dallborf.) Am 6. September fand bei Meier, Verlincrstraße, eine Versammlung statt. Kollege Penzke erstattete Bericht von der Konferenz für das Krankenpflegepersonal, welcher mit großem Interesse entgegengekommen wurde. Unter „Anstaltsangelegenheiten“ kam man wieder auf die schlechte Besetzung zu sprechen.

Erlang. In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 26. August, die auch von einigen Kollegen vom Sanatorium Kirchseeon besucht war, berichtete Kollege Karmann über die 2. Konferenz des Krankenpflege-, Massage- und Radepersonals. Die Versammelten waren über den Verlauf der Konferenz höchst befriedigt und wünschten der Organisation bald das nötige Erstarken, damit die gefassten Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden können. Als dann gaben Kollege Karmann und einige Kolleginnen Bericht über die im Juli abgehaltenen Sitzungen der Bedienstetenausschüsse. Die meisten Wünsche der Kollegenschaft barren noch der Erledigung durch die Regierung resp. den Landrat.

Hamburg. Die Klagen des Personals im städtischen Krankenhaus mehren sich fortgesetzt. Sechs Wärter sind im ganzen vorhanden, und sechs Wärter haben in der Zeit vom 10. bis 30. Juni dieses Jahres den Dienst quittiert und sind durch andere ersetzt worden. Ähnlich ging es auch bei den Mädchen zu. Verwunderlich ist solch ein starker Wechsel des Personals nicht, wenn man die Verhältnisse dieser angeblichen „Gehilfen des Arztes“ genauer betrachtet. Der Anfangslohn für Wärter beträgt 36 Mk. pro Monat, das Höchstgehalt 50 Mk. Eine geregelte Lohnstufung nach bestimmten Zeitgängen gibt es nicht. Das unerbittliche Versprechen: „Wenn Sie etwas leisten können, dann erhalten Sie vielleicht in zwei bis drei Monaten 3–5 Mk. Zulage“, erzieht alle Regeling. Die Wärterin der Irrenstation wurde vor sieben Jahren mit 25 Mk. pro Monat oder 83 Pf. pro Tag eingeweiht und bezieht heute ganze 40 Mk. monatlich oder 1,33 Mk. täglich. Die Arbeitszeit beginnt morgens 6 Uhr und endet abends 9 Uhr. Auf der Irrenstation gibt es während dieser Arbeitszeit überhaupt keine Ruhepausen, da dort nur ein Wärter und eine Wärterin vorhanden sind, somit eine Ablösung während der Pausen nicht stattdessen kann. Urlaub wird alle acht Tage einmal gewährt, und zwar Sonntags nachmittags von 2 Uhr bis nachts 2 Uhr, an Wochentagen nachmittags von 4 Uhr bis nachts 2 Uhr. Die Erlangung des Urlaubs ist aber für einzelne Angestellte außerordentlich schwierig. Es ist vorgekommen, daß aus den acht Tagen drei Wochen wurden, ehe die nötige Vertretung beschafft und der Urlaub angetreten werden konnte. Der niedrigen Bezahlung reißt sich würdig die geringste Kost an. Während die im Krankenhaus tätigen Schwestern in der Besichtigung den Patienten der 1. Klasse gleichgestellt sind, werden Wärter, Wärterinnen usw. trotz ihrer langandauernden, anstrengenden Tätigkeit mit einer Kost abgefunden, die mit der sogenannten 1. Form (im Volksmund „Dungerkost“ bezeichnet) auf einer Stufe steht. Als Abendbrot Pratlartoffeln, Salzgurle und Tee oder Pratlartoffeln, sauren Sering und Kaffee zu erhalten, ist das Personal gewohnt. Ein früher zum Aufbewahren von Leichen gebrauchter Keller, von Kakerlaken, Chirmern und sonstigem Ungeziefer bevölkert, dient heute noch drei Wärtern als Schlafraum. Zu alledem kommt noch eine durchaus unfaire Behandlung. In demselben Fahrwasser steuert auch die Verwaltung. Aufgabe des Personals ist es, durch solidarisches Zusammenhaken und feines Auftreten diese unerquidlichen Zustände zu beseitigen. Wo solche Verhältnisse herrschen, da hilft kein Mundspülen, da muß gepöpselt werden.

Hildorf. Am 5. September fand für das Personal bei Eichenhorn eine Versammlung statt. Trotzdem die Verwaltung der Urlaubsteilung Schwierigkeiten bereite und teilweise direkt den Urlaub verweigerte, war die Versammlung doch gut besucht. Den Bericht über die Krankenpflegekonferenz gab Kollege Polenske. Seine Ausführungen klangen in die Wahnung aus, durch festen Zusammenhaken des Personals die programmatischen Forderungen der Konferenz bald in die Tat umzusetzen und damit endlich freie und menschenwürdige Zustände für den Beruf zu schaffen. In der überaus regen Debatte kam eine ganze Reihe von Mängeln und Beschwerden zur Sprache. Die Versammlung faßte eine Reihe von Beschlüssen, die in nächster Zeit im Arbeiterausschuss verhandelt werden sollen. Wegen der Beschränkung des Urlaubs protestierten die Versammelten durch Annahme einer entsprechenden Resolution. Alles in allem bedeutet der Verlauf der Versammlung die Gewähr, daß es auch in Hildorf vorwärts geht, trotz Direktion und Unterrockswirtschaft.

Rundschau.

Streiter schimpft weiter. Wir hatten bereits in Nr. 17 der „Sanitätswarte“ auf den überaus dürftigen Bericht des 3. Delegiertentages der „Christlichen“ hingewiesen. Als „Antwort“ leistet sich Streiter folgenden Erguß, den wir hiermit niedriger hängen:

„Auf die Verleumdungen und Lügen der „Sanitätswarte“ kann heute des mangelnden Raumes wegen nicht eingegangen werden. Unsere Zeit ist so kostbar, daß wir lieber neue Ortsgruppen gründen, als uns mit diesem Wurstblatt zu beschäftigen. In einer der letzten Nummern soll schon wieder etwas über unseren Verband stehen. Wir hatten noch keine Zeit übrig, um den herrlichen Genuß der Vektüre dieses Geschreibsel zu verschaffen. Es soll wieder von dem üblichen „pathologischen Gesichtspunkt“, sogar von Affen usw. darin die Rede sein. Die Herren des Klosettfrauen- und Strahenegerverbandes scheinen endlich zu gefunden, denn bisher schien es ihnen (unpatriotischer zu sein, sich mit einem unserer schmuddelhaften Mastiere zu identifizieren. — Na, wir werden ja sehen! Der Redakteur der „Sanitätswarte“ mit dem „Proleten“-Gehalt von nur 300 Mk. läßt sich ja auch neuerdings besonders die „Bildungsarbeit“ unter seinen „Genossen“ angelegen sein. Das in Dresden Gesagte klang allerdings noch sehr, sehr dürftig (vergl. „Sanitätswarte“). Vielleicht hatte er vorher in einigen älteren Jahrgängen der „Sanitätswarte“ gelesen, in denen sich über bayerisches Pflegepersonal (Regensburg) Ausdrücke finden wie: „Die Pfleger seien Leute, die eben erst die Mistgabel aus der Hand gelegt haben.“ Bei den Pflegerinnen „ist es der Fall, daß sie im nächsten Bauerndorf Aufgouvernante gespielt haben.“ Das ist allerdings „Bildung“, vor der wir uns respektvoll verneigen. Das deutsche Pflegepersonal, vornehmlich aber das bayerische, sollte einsehen, wohin es bei solchen „Bildungs“-Beitreibungen geführt wird. Die einzigste Entschuldigung ist die, daß obige Verleumdungen des bayerischen Pflegepersonals von einem sozialdemokratischen Blatte erhoben wurden, das alle Anlagen dazu hat, das führende Blatt im Zukunftsstaat zu sein, wo eitel Friede, Bildung, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen werden...“

Wir stellen nunmehr fest, daß Streiter es nicht magt, seinen Mitgliedern zu sagen, was in der „Sanitätswarte“ über ihn geanden hat, sondern daß er seinen Lesern ganz systematisch Sand in die Augen streut. Was wir über sein Buch und sein Reclamebüchlein sagten, können wir jederzeit beweisen. Herr Streiter hat bis jetzt nichts zu berichten gesucht. Aber er beginnt auch seinen neuen verzweifelten Ausfall mit einer erweislichen Unwahrheit. Wir verpflichten uns, den Nachweis zu erbringen, daß die Nummer 17 des „Krankenpflegers“ durchaus keinen Raumangel hat, sondern mit alten Füllmaterialien usw. ausgestopft ist. Sicher hat auch Streiter die „Sanitätswarte“ gelesen, denn er erhält sie regelmäßig; also auch hier eine nachweisliche Unwahrheit Streiters. Was weiter die Gehaltsverhältnisse anlangt, so mag Streiter nur einmal beim „Christlichen“ Zentralblatt anfragen. Dort hat man es wiederholt als elende Demagogie bezeichnet, wenn den in der Arbeiterbewegung Tätigen ihr Gehalt vorgelesen wird. Ebenso sind die fortgesetzten Demunziationsversuche als „sozialdemokratisches Platt“ usw. zu bewerten. Wir haben seinerzeit auch die Affäre von Regensburg festgestellt, und es bedarf der eisernen Stirn eines Reichsverbändlers, um immer wieder solchen jesuitischen Schwindel aufzuwärmen. Nach den Stilproben Streiters aus letzter Zeit zu urteilen, vermag er auf seinen eigenen „Vorbeeren“ nicht länger zu schlafen. So laut er Nummer für Nummer sein eigenes Geschreibsel wieder, glaubt aber, er produziere neues Stroh. Wir können den tapferen Jüngling als Agitator für den Reichslügenverband bei der beginnenden Reichstagswahlkampagne durchaus empfehlen. Wenn einmal seine Mitglieder ihren Streiter ganz durchschaut haben — und das kann schneller kommen, als ihm lieb ist — könnte er sich, nach den bisherigen Verleumdungsleistungen zu schließen, ganz gut hinüberretten in das reichsverbändlerische Lager. Denn den „Besähigungsnachweis“ hat er bereits erbracht. — Daß unsere Konferenz von ihm noch immer totgeschwiegen wird, ist auch so ein Charakteristikum dieses waderen Knaben.

Der staatliche Kursus für Heilgehilfen, Masseure und Rassenrinnen beginnt am 2. Oktober 1911 im Königl. Polizeipräsidium (Zimmer 64). Anmeldungen zu demselben sind vormittags am Oberjabsarzt a. D. Dr. Gütting, Weihenburgerstr. 27, zu richten.